

»Der Krieg lässt Zweifel aufkommen«

Nach russischem Einmarsch in die Ukraine: Zahl der Kriegsdienstverweigerer in der Bundeswehr nimmt stark zu.

Ein Gespräch mit Gernot Lennert

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer innerhalb der Bundeswehr hat sich im Vergleich zum Vorjahr auf 657 verdreifacht. Wie funktioniert Kriegsdienstverweigerung in solchen Fällen ganz praktisch?

Wer einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellt, muss sich der Gewissensprüfung unterziehen. Zu den Antragsunterlagen gehört die »ausführliche Darlegung der Beweggründe für die Gewissensentscheidung«. Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben entscheidet nach Aktenlage über die Anerkennung, kann auch Rückfragen stellen. Das Verfahren dauert mehrere Wochen oder Monate. Gegen eine Ablehnung kann Widerspruch eingelegt werden, gegen eine erneute Ablehnung kann geklagt werden.



Gernot Lennert ist Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Hessen

menschenrechtlichen Erwägungen. Niemand sollte zum Militär gehen und Krieg vorbereiten oder führen, weder freiwillig noch gezwungen. Jeder Zwangsdienst ist Freiheitsberaubung, und im Fall des Militärdienstes werden auch die Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit aufgehoben.

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht behauptet in dem Zusammenhang, es gebe bei der Bundeswehr dafür auch nicht genügend Kasernen, Ausbilder oder Gerätschaften für die Ausbildung einer großen Anzahl Wehrpflichtiger. Halten Sie das für zutreffend?

Es ist unrealistisch zu erwarten, dass im Fall einer Reaktivierung des Militärdienstzwangs alles genau so praktiziert würde wie früher. In Schweden wurde 2018 der Militärdienstzwang für alle Jugendlichen reaktiviert, auch für weibliche, doch einberufen werden nur ungefähr vier Prozent eines Jahrgangs. Auch die Bundeswehr könnte anfangs nur so viele Menschen zwangsrekrutieren, wie sie unterbringen kann, und dann gegebenenfalls ihre Kapazitäten und die Zahl der Zwangseinberufungen steigern. Parallel würde man sich bemühen, im Hinblick auf die sogenannte Wehrgerechtigkeit möglichst viele andere Jugendliche ersatzweise in zivilen Zwangsdiensten unterzubringen. Viele Modelle sind möglich.

Wie hilft Ihre Vereinigung Personen, die den Kriegsdienst verweigern wollen?

Wir informieren ausstiegswillige Bundeswehr-Soldatinnen und -Soldaten über ihre Optionen und vermitteln fachkundige Hilfe. Bei Beginn des Ukraine-Kriegs meldeten sich bei uns auch etliche ältere, eine etwaige Einberufung fürchtende Reservisten. Seit Jahrzehnten unterstützen wir transnational Menschen, die den Kriegsdienst verweigern, desertieren, flüchten und Asyl suchen – zum Beispiel in Ländern wie der Türkei, Armenien, Kolumbien, Südkorea, Eritrea und Israel. Gegenwärtig steht die Solidaritätsarbeit für Menschen, die in den kriegführenden Ländern Russland, Belarus und der Ukraine den Kriegsdienst verweigern oder deswegen nach Deutschland und in andere Länder flüchten, im Vordergrund.

Zuletzt ist eine Diskussion um die Reaktivierung der Wehrpflicht entbrannt. Wie ist die Position der DFG-VK zu dieser Forderung?

Wir lehnen alle Kriegs- und Zwangsdienste grundsätzlich ab, sowohl aus friedenspolitischen als auch aus

Interview: Henning von Stoltzberg



Kurdische Solidarität mit den Protesten im Iran: Frauen im nordsyrischen Kamischlo (26.9.2022)

Bomben, Festnahmen und Tote

Proteste im Iran: Angriffe auf Nordirak und verschärfte Repression

Offenbar als Reaktion auf die anhaltenden Proteste im ganzen Land ist auch am Montag das Bombardement der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak durch iranische Streitkräfte fortgesetzt worden. Die Demonstrationen, die den Iran seit dem Tod der 22-jährigen Kurdin Mahsa Jina Amini am 16. September im Polizeigewahrsam erschütterten, hatten ihren Ausgang in der iranischen Heimatprovinz Aminis, Kurdistan, genommen. Teheran gibt an, die Angriffe auf den Nordirak seien »legitime Reaktionen« auf vorherige Angriffe kurdischer Gruppen auf iranische Militärbasen im Grenzgebiet. Ein Korrespondent der Nachrichtenseite *Kurdistan 24* berichtete am Montag jedoch davon, dass die »intensiven Bombardierungen« wahllos auf die bergigen Gebiete abzielten und dortige Dörfer verwüstet hätten. Seit drei Tagen beschleie die iranische Artillerie den Norden der Provinz Erbil.

Im Iran selbst plant die Justizbehörde derzeit Sondergerichte für die Demonstrierenden, die seit mehr als einer Woche zu Zehntausenden auf die Straßen

gehen, um gegen die Unterdrückung durch das islamische Regime zu protestieren. Amini war von der »Sittenpolizei« wegen eines »nicht richtig sitzenden« Hidschabs festgenommen worden. Auf »Anführer der vom Ausland angeheuert Unruhestifter« solle keinerlei Rücksicht genommen werden, erklärte der Justizchef von Teheran am Montag. »Die Justizbeamten sollen mit ihnen genauso wie mit Vergewaltigern und Schwerverbrechern umgehen«, so Ali Alghassimeh laut Nachrichtagentur *Tasnim*. Kritik aus dem Ausland wurde vehement zurückgewiesen. »Das ist eine Einmischung in die internen Angelegenheiten des Irans und Unterstützung von Krawallmachern«, sagte Außenamtssprecher Nasser Kanaani am Montag. Der Fall werde derzeit untersucht, aber der Westen ignoriere das und unterstütze Unruhestifter, die die Sicherheit des Irans gefährdeten.

Offiziell wurden seit Beginn der Proteste mehr als 1.200 Menschen festgenommen. Allein in den vergangenen Tagen »wurden in Masandaran 450 Randalierer verhaftet«, erklärte der

Generalstaatsanwalt der nordiranischen Provinz, Mohammed Karimi, laut der staatlichen Nachrichtenagentur *Irna* am Montag. »Randalierer« hätten »Regierungsgebäude angegriffen und öffentliches Eigentum beschädigt«, sagte Karimi. Iranischen Behörden zufolge sind seit Beginn der Proteste 41 Menschen getötet worden, mehrheitlich Demonstrierende, aber auch Einsatzkräfte, von denen es in sozialen Netzwerken immer wieder heißt, sie würden auch mit scharfer Munition schießen. Die in Oslo ansässige NGO Iran Human Rights (IHR) berichtete am Montag von mindestens 57 getöteten Demonstranten.

Als Antwort auf die »Unruhen« setzt Teheran nicht nur auf große Gegen-demonstrationen wie am Wochenende, sondern nun auch auf Denunziation. So veröffentlichte *Tasnim* am Montag rund 20 Fotos von Demonstrierenden, darunter Frauen, in der für Schiiten heiligen Stadt Ghom. Das Militär hat die Einwohner demnach aufgefordert, die »Anführer der Unruhen« auf den Bildern zu identifizieren und »die Behörden zu informieren«. **Ina Sembdner**

NACHRICHTEN

Puerto Rico: Ohne Strom nach Hurrikan

San Juan. Eine Woche nach dem Durchzug des Hurrikans »Fiona« in Puerto Rico ist bei Hunderttausenden Menschen in dem sogenannten US-Außengebiet die Stromversorgung noch nicht wieder hergestellt worden. Rund 44 Prozent der Anschlüsse hatten am Sonntag (Ortszeit) weiterhin keinen Strom, wie aus einem Tweet des Stromanbieters Luma Energy hervorging. Nach Angaben der Wasserbehörde AAA war bei 19 Prozent der Anschlüsse die Wasserversorgung noch nicht wieder hergestellt. Manche Menschen seien noch von der Außenwelt abgeschnitten, sagte der Chef des Katastrophenschutzes, Nino Correa, in einem Facebook-Video. (dpa/IW)

USA und Südkorea beginnen Seemanöver

Seoul. Die Seestreitkräfte der USA und Südkoreas haben zur »Abschreckung Nordkoreas« ein gemeinsames Manöver begonnen. Die viertägige Übung

vor der Koreanischen Halbinsel solle die Entschlossenheit beider Bündnispartner demonstrieren, auf »nordkoreanische Provokationen zu antworten«, teilte Südkoreas Marine am Montag mit. Außerdem soll es demnach die Fähigkeit beider Marinen zur Durchführung gemeinsamer Einsätze verbessern. An den Übungen im Japanischen Meer (koreanisch: Ostmeer) beteiligt sich auch der Flugzeugträger »USS Ronald Reagan«. Er war samt Begleitschiffen am Freitag in Südkorea eingetroffen. (dpa/IW)

Laut Ministerin soll Feldjägersmotto bleiben

Berlin. Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) hat entschieden, das Motto »Stuum cuique« (Jedem das Seine) der Feldjäger, also der Militärpolizei der Bundeswehr, trotz Kritik des Antisemitismusbeauftragten Felix Klein beizubehalten. Die Ministerin »sieht keine Veranlassung, dieses wertgebundene Identitätssymbol von Truppengattungsabzeichen der Feldjägertruppe entfernen zu lassen«, sagte

ein Ministeriumssprecher am Montag der *Welt*. Auch der Zentralrat der Juden hatte die Entfernungs des Spruchs gefordert, weil er auf deutsch als Schrifzug über dem Eingangstor des faschistischen Konzentrationslagers Buchenwald prange. (AFP/IW)

Athen: Freispruch in Siemens-Schmiergeldaffäre

Athen. In der mehr als 20 Jahre zurückliegenden Schmiergeldaffäre des Münchner Technologiekonzerns Siemens in Griechenland hat das Landesgericht von Athen alle Angeklagten wegen Verjährung freigesprochen. Dies berichtete der Staatsrundfunk am Montag. Ursprünglich hatte die griechische Justiz 2019 in erster Instanz insgesamt 22 ehemalige Mitarbeiter der Siemens AG und des früheren staatlichen griechischen Telekommunikationsunternehmens OTE wegen Bestechung und Geldwäsche zu Haftstrafen zwischen sechs und 15 Jahren verurteilt. Die Verurteilten, unter ihnen sieben Deutsche, hatten Berufung eingelegt. (dpa/IW)